



MINI-BLICKPUNKT

NOVEMBER UND DEZEMBER



Frohes Neues!

Foto: Alexander Kagan auf unsplash



LEGITIMIERTE ÜBERSTUNDEN ANSTATT FORTSCHRITT

MEINUNG IM BLICK: DIE MEINUNG VON MELANIE SCHÄFER

ERDING - Bayerns Sozial- und Familienministerin Ulrike Scharf möchte die Grenzen der täglichen Arbeitsstunden aufweichen und an einzelnen Tagen mehr als 10 Stunden ermöglichen.

Im ersten Moment klingt der Vorstoß modern, flexibel – freie Arbeitszeitgestaltung nach deinen Bedürfnissen. Überzeugt haben mich die Argumente trotzdem nicht.

Warum? Der Appell unserer Ministerin: Wir müssen endlich im 21. Jahrhundert ankommen und dem Fachkräftemangel entgegenreten, ergänzt mit dem Dauerbrenner der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Für mich geht das an der Lebensrealität vorbei.

Laut dem Statistischen Bundesamt gehören Überstunden für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland zum Arbeitsalltag: Durchschnittlich 4,5

Millionen von ihnen haben im Jahr 2021 mehr gearbeitet, als in ihrem Arbeitsvertrag vereinbart wurde.

Wird mit dem Vorstoß unserer Erdinger Ministerin also nur etwas legitimiert, was schon längst für viele Alltag ist? Nun könnte man denken, klasse, die haben doch sicherlich alle Spaß dabei. Wie erklärt es sich dann, dass parallel die Burn-out-Raten und Depressionen ansteigen? Als langjährige Gewerkschafterin gibt mir vor allem die erwähnte Freiwilligkeit zu denken. Wir wissen alle, dass es nicht nur faire Arbeitgeber gibt.

Begrüßt wurde der Vorschlag u. a. vom Bayerischen Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA: „[...]damit dann gearbeitet werden kann, wenn die Arbeit auch tatsächlich anfällt.“

Eines muss man mir jedoch in diesem Zusammenhang erklären:

Warum sind dazu mehr Stunden notwendig und warum sind auch in diesem Gewerbe Überstunden an der Tagesordnung?

Kopfschütteln musste ich bei der Anpreisung bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Klar, wer kennt nicht diesen elterlichen Traum, endlich 12 Stunden zu arbeiten, um mehr Zeit für die Kinder zu haben.

Für die Förderung von Eltern – insbesondere von Müttern – im Beruf brauchen wir nicht mehr Arbeitsstunden, sondern moderne Arbeitsmodelle wie Jobsharing, bessere Löhne und vor allem mehr Kita-Plätze. Das hat Bayern aber jahrelang verschlafen und stattdessen auf das Betreuungsgeld gesetzt.

Am Ende ist der Vorschlag von Ulrike Scharf weder modern noch sozial und erst recht kein Instrument gegen den Fachkräftemangel.

>> Mehr zu dieser Rubrik auf Seite 2



AFB-LANDESKONFERENZ MIT VIELEN ERDINGER*INNEN

12.11.2022, NÜRNBERG

NÜRNBERG - Auf der Landeskonzferenz der Arbeitsgemeinschaft für Bildung Bayern wurde neben der Wahl eines neuen Landesvorstandes auch ein neues Grundsatzprogramm für Bildung beschlossen.

In Nürnberg wurde der bisherige Vorsitzende Herbert Lohmeyer einstimmig in seinem Amt bestätigt. Auch unsere Kreisrätin und AFB Oberbayern Vorsitzende Ulla Dieckmann wurde als stellvertretende Vorsitzende wiedergewählt.

Sowohl der Landkreis als auch der Ortsverein Erding waren mit 6 Delegierten stark vertreten, darunter unser Landtagskandidat Benedikt Klingbeil.

Neben der Neuwahl des Vorstandes ging es natürlich primär um Sacharbeit und die Frage, wie wir als SPD zukünftig die Bildungspolitik in Bayern gestalten wollen. Dazu wurde ein fast 70-seitiges Antragsbuch erarbeitet. Das größte Antragspaket ist auch gleichzeitig eines der wichtigsten für die anstehende Landtagswahl: Das Grundsatzprogramm der SPD für Bildung.



V.l.n.R.: Alexander Frieß, Horst Schmidt, Leon Kozica, Benedikt Klingbeil, Ulla Dieckmann, Nico Schmidt

In diesem Programm beschäftigt sich die Afb mit allen bildungspolitischen Aspekten von frühkindlicher Bildung über das Schulsystem bis hin zu politischer und Erwachsenenbildung. Dabei ziehen sich zwei Aspekte durch das gesamte Programm: Zum einen ist klar, dass der Zugang zu Bildung unabhängig von familiärer und sozialer Herkunft für alle ermöglicht werden muss. Hierfür sollen konkrete Maßnahmen wie die Übernahme von Kosten oder erleichterter Zugang zu Bafög für alle, unabhängig vom Gehalt der Eltern, umgesetzt werden. Zum anderen muss Bildung mit der Zeit gehen.

Dabei werden nicht nur die Einführung und der Ausbau von digitalen Lehrmöglichkeiten, sondern auch neue Formen der Lehre gefordert. Hier ist die Gemeinschaftsschule, ein weiterer Ausbildungsweg deren Konzept auf längerem gemeinsamen Lernen und gelebter Inklusion basiert und verschiedene Schulabschlüsse ermöglicht, zu nennen. So muss auch endlich in Bayern die Gemeinschaftsschule eingeführt werden, so wie in allen anderen Bundesländern auch.

Das Programm soll auch zum Beschluss als Grundsatzprogramm auf dem Landesparteitag vorgelegt werden.



NEUES FORMAT

Wie ihr auf der ersten Seite bereits gesehen habt, führen wir eine neue Rubrik ein. In jeder Blickpunkt-Ausgabe wollen wir eine Meinung unserer SPD-Mitglieder präsentieren. Den Anfang macht Melanie.

Du hast auch etwas zu sagen? Dann schreibe uns deine Sicht der Dinge und sende es an:

vorstand@spd-stadt-erding.de
Betreff: Publikation - Meinung im Blick



TERMINE



NEUES JAHR

Wir möchten uns ganz herzlich bei allen unseren Mitgliedern für das zurückliegende Jahr bedanken!

Wir freuen uns auf das kommende Jahr, auf den anliegenden Wahlkampf, das 50. Jubiläum der ASF und viele weitere schöne Veranstaltungen und Begegnungen.

AKTUELLE INFORMATIONEN AUF:

[SPD-STADT-ERDING.DE](https://www.spd-stadt-erding.de)



SPD ORTSVEREIN ERDING

Hofmarktpl. 4
85435 Erding

Redaktionell verantwortlich:
Der Vorstand

V.i.S.d.P:
Leon Kozica

Bildquellen:
Unsplash
Leon Kozica



NEUES AUS DEM STADTRAT IM NOVEMBER UND DEZEMBER

HAUSHALT

RATHAUS - Bei den Haushaltsberatungen am 6. Dezember war es schnell klar: Die Haushalts-situation in diesem Jahr ist angespannter als in den letzten. Dementsprechend wurden die Einzelposten in der ca. 5 stündigen Sitzung auch besonders genau geprüft. Zwischendurch kamen immer wieder Diskussionen über die geplanten Großprojekte der Stadt, wie der Bau eines Kunst- und Begegnungshauses am Stahl-Museum auf. Eine Kürzung oder gar Einstellung dieser Projekte wurde aber, auch aufgrund des weit fortgeschrittenen Planungsstandes, mehrheitlich abgelehnt. Dementsprechend schnell kam dann auch die Diskussion über eine Erhöhung der Einnahmenseite, namentlich eine Erhöhung der Grundsteuer A und B ins Gespräch. Die Grundsteuer B, die weit größere Einnahmequelle für die Stadt, solle um ca. 150 Punkte erhöht werden,

so der Vorschlag der Verwaltung.

In der anschließenden Diskussion brachte Stefan Grabrucker die Position der SPD-Stadtratsfraktion vor: Eine derartige Erhöhung der Grundsteuer stelle in der aktuellen Situation, in der bereits viele Bürger durch Energiekosten und Inflation erhebliche Mehrbelastungen zu schultern haben, ein fatales Zeichen dar. Die Fraktion sei gerne bereit noch einmal den Haushalt nach Einsparmöglichkeiten zu durchkämmen. Auch eine Erhöhung der Hundesteuer oder der bisher günstigen Parkgebühren wären für die Fraktion vorstellbar.

Ebenfalls wurden bei den Haushaltsberatungen zwei Anträge der SPD-Fraktion eingebracht: Die anteilige Übernahme des Kopiergeldes an städtischen Schulen und die Errichtung von Sportgeräten für Menschen mit Behinderung im Stadtpark.

Ersterer wurde leider gegen die Stimmen von SPD und Linker

abgelehnt, der Zweite jedoch wurde in den Haushalt übernommen.

Bei der beschließenden Sitzung am 20.12. legte die Fraktion dann eine Liste mit Posten vor, bei denen nach Einschätzung der Stadträte noch Einsparpotential bestünde. Jedoch wurde in der Sitzung von allen Gruppierungen weitestgehend auf weitere Einsparungen verzichtet.

Bei der anschließenden Diskussion über die Erhöhung der Grundsteuer A und B um jeweils 150 Punkte stellte Leon Kozica noch einmal die unveränderte Position der SPD-Fraktion dar, bei der anschließenden Abstimmung stimmten lediglich die SPD-Stadträte gegen die Erhöhung. Dem Gesamthaushalt stimmte die Fraktion anschließend dennoch zu. Alexander Gutwill begründete dies in seiner kurzen Haushaltsrede mit dem klaren Bekenntnis zur wichtigen Arbeit, die in der Stadt jeden Tag zuverlässig erledigt wird.

NOVEMBERSITZUNG

RATHAUS - In der Novembersitzung des Erdinger Stadtrates gab es neben dem Erlass einer neuen Friedhofsordnung im Rahmen der Aufstellung einer neuen Urnenstele in Langengeisling eine ganze Reihe von Berichten: Vertreterinnen der Brücke berichteten über ihre wichtige Arbeit in der Schulsozialarbeit an den städtischen Schulen, insbesondere während und nach den Corona-Einschränkungen. Herr Stauch berichtete von der Situation in den Obdachlosenunterkünften der Stadt, den Renovierungen in den Einrichtungen und den erwarteten Herausforderungen in der Zukunft. Außerdem wurde der Situationsbericht der Heilig-Geist-Stiftung vorgetragen.

Bei der Schulsozialarbeit fiel vor allem auf, dass das Homeschooling und die Angst das Corona-Virus in die Klasse getragen zu haben bei einigen Schulkindern bis heute nachwirkt. Hier tätig zu werden stelle momentan die Hauptaufgabe der Schulsozialarbeiter*innen dar - neben den vielen weiteren Aufgaben, die sie natürlich weiterhin wahrnehmen.

Bei der Vorstellung der Situation in den Obdachlosenunterkünften konnte Herr Stauch zunächst Positives berichten: Dank einiger erfolgreicher Vermittlungen in den Wohnungsmarkt verzeichnen die Unterkünfte aktuell einen relativ hohen Leerstand. Nichtsdestotrotz rechnen die zuständigen Mitarbeiter*innen im nächs-

ten Jahr wieder mit einer höheren Auslastung der Unterkünfte, da damit gerechnet wird, dass einige ukrainische Geflüchtete, die aktuell in Privatwohnungen wohnen, die Einrichtungen in Anspruch nehmen müssen.

Ebenfalls in der Sitzung hat der Stadtrat die Gebührensatzungen für die Obdachlosenunterkünfte angepasst und die Nutzungsgebühren minimal erhöht.

Die Stadtratsfraktion dankte den Vortragenden für ihre engagierte Arbeit und sicherte auch für die Zukunft ihre Unterstützung dieser wichtigen Tätigkeiten zu.

REDE MIT:

FRAKTION@SPD-STADT-ERDING.DE